

demokratie

GEGEN MENSCHENFEINDLICHKEIT

DEMOKRATIERELEVANTE BEDROHUNG



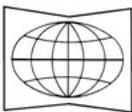
DEMOKRATIE
gegen Menschenfeindlichkeit

Zeitschrift für
Wissenschaft und Praxis

Demokratierelevante Bedrohung

Mit Beiträgen von

Carlos Becker, Julia Bernstein, Jana Marie Bertermann, Irina Bohn,
Paula Diehl, Benno Hafeneger, Jann-Philipp Heiken, Alexandra Huber,
Beate Küpper, Tina Leber, Fabian Mertens, Hannah Mietke,
Laura Pfirter, Judith Rahner, Martin Rüttgers, Jan Saßmannshausen,
Jakob Springfeld, Denis van de Wetering, Sebastian Winter,
Andreas Zick, Christina Zitzmann



WOCHENSCHAU VERLAG

Verlag Wochenschau Verlag, Dr. Kurt Debus GmbH

Verleger Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Redaktion

Dr. Reiner Becker (reiner.becker@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Irina Bohn (irina.bohn@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Dr. Sophie Einwächter (sophie.einwaechter@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Beate Küpper (beate.kuepper@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Timo Reinfrank (timo.reinfrank@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Sophie Schmitt (sophie.schmitt@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de)

Redaktionsassistenz: Marvin Lorentzen

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Marwan Abou-Taam (LKA Mainz, Islamwissenschaft), Silke Baer (Cultures Interactives), Prof. Dr. Uschi BirsI (Uni Marburg), Prof. Dr. Dierk Borstel (FH Dortmund), Friedemann Bringt (Kulturbüro Sachsen e.V.), Prof. Dr. Stephan Bundschuh (HS Koblenz), Jan Buschbom (Violence Prevention Network), Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela (Alice Salomon Hochschule Berlin), Marina Chervinsky (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. – Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment), Prof. Dr. Karim Fereidooni (Ruhr-Uni Bochum), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Uni Jena, Kompetenzzentrum Rechtsextremismus), Prof. Dr. Hajo Funke (Otto-Suhr-Institut Berlin, em.), Dr. Pia Gerber (Freudenberg Stiftung), Stefan Glaser (jugendschutz.net), Prof. Dr. Benno Hafeneeger (Uni Marburg), Grit Hanneforth (Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratietwicklung), Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung), Dr. Türkan Kanbicak (Fritz Bauer Institut, Erziehungswissenschaft), Bianca Klose (Bundesverband Mobile Beratung e.V.), Reinhard Koch (BAG Einstieg zum Ausstieg), Robert Kusche (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), Prof. Dr. Ilse Lenz (Uni Bochum, Soziologie/LSBTI/Gender Studies), Dr. Stine Marg (Uni Göttingen), Prof. Dr. Paul Mecheril (Uni Oldenburg), Prof. Dr. Kurt Möller (Hochschule Esslingen), Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg), Prof. Dr. Susanne Schröter (Uni Frankfurt/M., Islamwissenschaft), Eberhard Seidel (Schule ohne Rassismus), Prof. Dr. Fabian Virchow (FH Düsseldorf), Prof. Dr. Ulrich Wagner (Uni Marburg), Prof. Dr. Franz Walter (Uni Göttingen), Prof. Dr. Andreas Zick (Uni Bielefeld)

Redaktionsanschrift

Wochenschau Verlag, Redaktion Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Eschborner Landstraße 42-50, 60489 Frankfurt/M.

Anzeigen

E-Mail: anzeigen@wochenschau-verlag.de

Bezugsbedingungen

Es erscheinen zwei Hefte pro Jahr. Preise: Einzelheft € 28,00; Jahresabopreis € 52,00; Referendare/Studierende erhalten die Zeitschrift mit einer Ermäßigung von 50%; alle Preise zzgl. Versandkosten; Kündigung bis 30. April bzw. 31. Oktober zum Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM

Bestellungen und Fragen zum Abonnement richten Sie bitte an info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069/7880772-0. Bestellungen von Einzelheften richten Sie bitte an wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154/132730.

Titelbild: © Wochenschau Verlag

ISSN (Print) 2367-1939 Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7566-0073-1
ISSN (Online) 2749-4918 www.demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de
DOI <https://doi.org/10.46499/2371>



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Wochenschau Verlag • Eschborner
Landstraße 42-50 • 60489 Frankfurt/M.
Tel: 069/7880772-0
info@wochenschau-verlag.de
www.wochenschau-verlag.de

INHALT

Editorial	5
-----------------	---

Schwerpunkt

Beate Küpper, Tina Leber, Irina Bohn: Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechtsaußen	11
Beate Küpper: Antisemitische Bedrohung.....	29
Julia Bernstein: „Ich habe das Ausmaß der antijüdischen Stimmung unterschätzt“	33
Laura Pfrtner: Shrinking Digital Space? Zur Gefährdung von Demokratie und Zivilgesellschaft durch digitale Gewalt und Fake News.....	38
Carlos Becker, Irina Bohn, Jan Saßmannshausen, Sebastian Winter: Demokratiegefährdende Bedrohungslagen – eine Systematisierung aus kommunaler Perspektive	54
Tina Leber, Fabian Mertens, Beate Küpper: Bedrohungserleben in der Demokratietarbeit. Die Sichtbarwerdung von Vulnerabilität und ihre Folgen für die gesellschaftliche Figuration	74
Jann-Philipp Heiken: Bedrohung zivilgesellschaftlicher Bürger:innenbündnisse gegen rechts: Das Beispiel „Mut machen – Steele bleibt bunt“.....	92
Irina Bohn und Judith Rahner im Interview mit Tina Leber: Umgang mit Bedrohungen. Perspektiven zu aktuellen und zukünftigen Entwicklungen und Handlungserfordernissen aus der Praxis der Arbeit für Demokratie	96
Jakob Springfeld im Interview mit Tina Leber: Wie Bedrohungen ein Teil von politischem Aktivismus sind.....	114
Christina Zitzmann, Alexandra Huber: Threat Assessment und Management: Ein effektives Frühwarnsystem für Bedrohungen.....	118

Forum

Benno Hafenecker: Handlungs- und Deutungsdruck in Krisenzeiten – zur Zukunft der Demokratie.....	134
Hannah Mietke, Andreas Zick, Jana Marie Bertermann: Aktuelle Herausforderungen (in) der Rechtsextremismusforschung: Arbeitsbedingungen, kritische (Selbst-)Reflexion und Wissenschaft-Praxis-Transfer	142

Denis van de Wetering: Wenn Wissenschaft und Praxis im Bereich
Rechtsextremismus miteinander auf Tuchfühlung gehen155

Martin Rüttgers: „Demokratie leben!“ – Perspektiven des Bundesprogramms
zum Ende der zweiten Förderperiode164

Buzzword

Antidemokratisch
Paula Diehl: Aus Sicht der Wissenschaft174

Marktplatz

Mitbestimmung von Anfang an lernen: Demokratieförderung in katholischen Kitas177

Radikalisierung als Problem der Sozialentwicklung. Empirische Ergebnisse zu einem
integrativen Erklärungsmodell.....179

Naturschutz ist kein „Heimatschutz“ – Information, Qualifikation und Beratung gegen
eine Ökologie von rechts.....180

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung – staatlich finanzierte Bildungsarbeit von
rechts außen?.....181

Come Together – Ein Projekt der Banda Comunale.....182

Austausch, Bildung, Solidarität: Das Bündnis gegen Antisemitismus in Dresden und
Ostsachsen184

Der NSU-Komplex: Geschichte, Gedenken und Aufarbeitung.....185

Buchbesprechungen

Ella Müller: Die amerikanische Rechte und der Umweltschutz. Geschichte einer
Radikalisierung (Reiner Becker)186

Autorinnen und Autoren.....189

EDITORIAL

Demokratie setzt auf Freiheit und braucht zugleich Sicherheit, um gelebt zu werden. Bedrohung wird dann demokratierelevant, wenn sie die dazu notwendige Freiheit einengt und die erforderliche Sicherheit gefährdet. Nicht von ungefähr schränken Autokratien Freiheiten ein und arbeiten mit Bedrohungen von Menschen sowie Einschränkungen von Einrichtungen und Institutionen sowie Abläufen und Prozessen, um einzuschüchtern und zu verunsichern und so von Abweichung und Pluralität abzuhalten. Bedrohungen sind hierzulande keineswegs neu – Attentate von Rechtsextremist:innen, die sogenannten „Baseballschläger-Jahre“ im Osten, Hasstaten wie die von Solingen und Mölln und pogromartige Stimmungslagen wie in Rostock und Hoyerswerda in den 1990er Jahren zeugen davon. Im Zuge des lauter und aggressiver gewordenen Rechtspopulismus der letzten Jahre, dem selbstbewussten Auftreten der Rechtsextremen im öffentlichen Raum und dem Umsichgreifen von Verschwörungsmythen online wie offline nehmen Bedrohungen allerdings (wieder) zu, werden in der Breite sichtbar und spürbar, zumindest erhalten sie mehr Aufmerksamkeit.

Bedrohung geht von offen rechtsextremen Täter:innen aus, sie geht aber auch von bislang nicht organisierten Bürger:innen aus, die ihre Wut „gegen die Politik im Allgemeinen“, „die links-grünen Eliten“ im Speziellen und gegen die „Anderen“ ungebremst hochkochen und sich berechtigt fühlen, ihr freien Lauf zu lassen. So werden zunehmend gerade jene, die für sich Freiheit reklamieren und auf selbsternannte Alternativen setzen, selbst zu einer Bedrohung der liberalen Demokratie sowie offenen und demokratisch engagierten Gesellschaft. Im Zuge der Coronapandemie haben sich breitere Milieus unter der gezielten Einflussnahme von Rechtsaußen selbst radikalisiert, die Proteste gegen die Coronamaßnahmen wurden zunehmend aggressiver. Im Zuge dessen richtete das Bundesamt für Verfassungsschutz im April 2021 den neuen Phänomenbereich ein, der

„demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ zum Beobachtungsobjekt macht.

Es bleibt keineswegs immer bei Verächtlichmachung, Anpöbeleien, Einschüchterung, Hass und Bedrohung im Internet und auf Social Media. Vielmehr öffnen diese den Weg auch für Bedrohungen in der analogen Welt. Die verübten Taten entfalten dann eine bedrohliche Wirkung auch über die konkrete Tat hinaus. Das macht die Adressierung von Bedrohung zu einem Dilemma: Das Ignorieren ermöglicht die Bedrohung im Stillen, unter der dann die unmittelbar Angegriffenen leiden, ohne Rückendeckung zu bekommen, das Sprechen und Schreiben über Bedrohung rückt sie erst in den Blick und lässt sie wachsen, fehlende Rückendeckung umso frustrierender und schmerzlicher werden. Die Adressierung ermöglicht Prävention und Intervention, nimmt möglicherweise auch vorseilend Folgen vorweg. Und dann gibt es handfeste Bedrohungen wie etwa die durch Reichsbürger:innen mit einem ansehnlichen Waffenarsenal, die zwar von Polizei und Verfassungsschutz für bedrohlich erachtet werden, von der breiten Gesellschaft aber eher etwas belustigt als Skurrilität betrachtet werden.

Anfeindungen und Angriffe richten sich gegen die Demokratie selbst, ihre Institutionen, gewählten Repräsentant:innen, Amts- und Mandatsträger:innen und all jene, die dem „verhassten“ Staat zugeordnet werden. Der 2019 von einem langjährig in der Szene verankerten Rechtsextremen verübte Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke steht beispielhaft für die Bedrohung der Demokratie von Rechtsaußen. Dass die ankommende Fähre mit Bundesminister Robert Habeck an Board angesichts einer zuvor über Social Media aufgeheizte Menge aus Sicherheitsgründen abdrehen musste, ist ein Beispiel für die Folgen der gesteigerten Wut und Selbstradikalisierung eines Teils der Gesellschaft. Gerade auch Kommunalpolitiker:innen stehen im Fokus. Sie sind im lokalen Raum bekannt, sichtbar und unmittelbar erreichbar, der Mord an Walter Lübcke dürfte vielen in den Knochen stecken. 60 Prozent von ihnen mussten bereits selbst Bedrohung erleben, von Hassmails bis zu tätlichen Angriffen, wie u.a. eine Befragung der Heinrich-Böll-Stiftung ergab. Als Maßnahme aus dem Nationalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus würde jüngst eine bundesweite zentrale Anlaufstelle zur Erstberatung im Falle der Bedrohung für Kommunalpolitiker:innen eingerichtet.

Zuvorderst trifft es insbesondere und schon immer jene, die sich zivilgesellschaftlich für die Demokratie engagieren, sei es haupt- oder ehren-

amtlich. Aktuell mehren sich etwa auch Berichte über die Bedrohung von Personen aus Bürgerbündnissen, die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie anmelden. Betroffen von Bedrohung sind auch Journalist:innen, Wissenschaftler:innen, inzwischen selbst Polizist:innen und Rettungskräfte sind zunehmend Übergriffen ausgesetzt, im Zuge der Coronapandemie verstärkt Personen, die im Gesundheitssektor arbeiten, zum Beispiel bei Impfungen geholfen haben.

Die Bedrohungen richten sich zugleich gegen jene, die im Zuge der Demokratisierung mehr Teilhabe und Gleichwertigkeit einfordern und zugebilligt bekommen. Dies betrifft bisher marginalisierte soziale Gruppen bzw. jene, die ihnen zugewiesen werden, also Personen, die als irgendwie „anders“, „fremd“, „von der Norm abweichen“ oder „ungleich“ gelten – Migrant:innen und Geflüchtete, LSBTQ*-Personen, Jüd:innen und Muslime, ebenso obdachlose Personen und jene mit einer Behinderung sowie mit ihnen verbundene Personen und Einrichtungen. Die Zahl gemeldeter Straf- und Gewalttaten aus dem Bereich der Hasskriminalität nimmt zu. Im Übrigen gilt dies auch im Bereich der häuslichen Gewalt gegen Frauen – das Zurücknehmen von Frauenrechten und Initiativen zur Gleichstellung steht auf der Agenda fast aller rechtsaußen Parteien, auch die AfD wirbt in ihrem Programm dafür. Engagieren sich Personen, die markierten sozialen Gruppen zugewiesen werden – zum Beispiel gleichgeschlechtlich liebende oder muslimische Frauen – für die Demokratie, kandidieren sie bei der Kommunalwahl oder sind sie in zivilgesellschaftlichen Demokratiebündnissen aktiv, werden sie nicht selten aus diversen Richtungen doppelt und dreifach angegriffen, als Frauen nicht selten auch in sexualisierter Form.

Die gezielten Morde des selbsternannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) an neun Menschen, weil sie als „Ausländer“ galten und das Attentat von Hanau waren nicht nur furchtbar für die Ermordeten und ihre Angehörigen, sondern hinterließen eine nachhaltige, tiefe und mehrfache Verunsicherung bei migrantischen und migrantisierten Personen in Deutschland. Jederzeit konnte man also ins Schussfeld des Hasses geraten, selbst wenn man ein ganz normales, unauffälliges Leben als Blumenhändler führte, man konnte zusätzlich durch die Polizei verdächtigt werden, irgendwie verstrickt zu sein, und man musste ohnmächtig merken, wie der Rest der Gesellschaft sich nur bedingt dafür interessiert. Das Attentat von Halle, bei dem der Attentäter nur dank der dicken Tür der Synagoge kein größeres Blutbad anrichten konnte, hat in der jüdischen Community den Schock

hinterlassen, dass selbst die angeordneten staatlichen Sicherheitsmaßnahmen versäumt werden und versagen. Die Ignoranz der deutschen Mehrheitsgesellschaft angesichts des spätestens mit der Coronapandemie selbstbewusst lauten Antisemitismus, erst recht ihr dröhnende Schweigen seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und dem nachfolgenden offenen Antisemitismus auch hierzulande lässt Jüd:innen mit der antisemitischen Bedrohungen, die sie seit Jahrhunderten begleitet, erneut allein.

Berichtet wird zudem von vermehrten Angriffen auf Orte der Erinnerung, dazu gehören etwas Hakenkreuz-Schmierereien an Orten des Gedenkens an die Verbrechen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus (siehe dazu den Lagebericht Antisemitismus 2023 der Amadeu Antonio Stiftung). Ebenso sieht sich Kunst und Kultur, die sich kritisch mit Deutschland oder der AfD auseinandersetzt, Bedrohungen aus dem rechten Spektrum ausgesetzt. So marschierten etwas Neonazis vor einer Galerie in Zwickau auf mit dem Vorwurf, als „deutsche Galerie“ Ausländer:innen auszustellen, auch von tätlichen Angriffen wird berichtet (Laudenbach 2023). Die Kultur ist explizites Ziel der vopolitischen Einflussnahme der Neuen Rechten, gleiches gilt für das Feld des Sozialwesens, welches qua Aufgabe, Personen aus sozial benachteiligten und marginalisierten Gruppen unterstützt. Hier trifft es zuvorderst die zivilgesellschaftliche Flüchtlingsarbeit, aber auch Mitarbeitende der Ausländerbehörden. Das Thema „Gender“ und „Feminismus“ scheint besonders viel Hass auf sich zu ziehen, beispielhaft ist der gewaltige Shitstorm, den die Amadeu Antonio Stiftung mit ihrer „Meldestelle Antifeminismus“ auf sich zog, inklusive massiver Bedrohung gegen die Mitarbeiterinnen. Gleichstellungsstellen meiden es inzwischen bisweilen, überhaupt mit Angeboten ins Internet zu gehen, weil sie die Menge an befürchteten Hassmails allein ressourcentechnisch nicht bewältigen können.

Das Schwerpunktheft „*Demokratierelevante Bedrohung*“ der Zeitschrift für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit Heft 1/2024 zeigt einen Ausschnitt der oben skizzierten Bedrohung. Wir haben uns dafür entschieden, dieses Mal primär Angriffe auf bzw. in demokratische Strukturen, Institutionen und engagierte Personen zum zentralen Thema zu machen. Das breite Feld der Hasskriminalität, die Radikalisierung von Täter:innen und das Erleben der Betroffenen klammern wir an dieser mit einer Ausnahme weitgehend aus. Die offene und subtile Bedrohung ist Inhalt folgender Schwerpunkte:

In ihrem einleitenden Beitrag geben *Beate Küpper, Irina Bohn und Tina Leber* eine kurze Übersicht über die Verbreitung demokratierelevanter

Bedrohung, die nicht nur direkte Formen von Bedrohung, etwa in Form von Hassmails und tätlichen Angriffen, einschließt, sondern auch politische Interventionen, wie zum Beispiel das an sich demokratische Instrument der „kleine Anfragen“, die von der AfD genutzt werden, um Demokratiearbeit in Zugzwang und Misskredit zu bringen.

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der erneut so furchtbar eskalierte Nahost-Konflikt hat auch Auswirkungen für die Bedrohungslage von Jüd:innen in Deutschland. *Julia Bernstein*, Autorin in der Buchreihe „Antisemitismus und Bildung“ des Wochenschau Verlags, gibt Einblick in ihre Erfahrungen, Gedanken und Gefühle in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 8. Dezember 2023, welches wir mit freundlicher Genehmigung wieder abdrucken dürfen. Ein rahmender Kasten gibt ergänzend einen kurzen Überblick über die aktuelle Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland.

Laura Pfirter skizziert die Gefährdungen von Demokratie und Zivilgesellschaft durch digitale Gewalt und Fake News. Sie plädiert dafür, sich der demokratiefeindlichen Schrumpfung des digitalen Raums entgegenzustellen.

Carlos Becker, Irina Bohn, Jan Sassmannshausen und Sebastian Winter geben einen Einblick in die Bedrohungslagen der im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderten „Partnerschaften für Demokratie“. Diese wird ihrer Analyse zufolge nicht nur durch Ausmaß der Bedrohung bestimmt, sondern auch von den zivilgesellschaftlichen Ressourcen der demokratischen Gegenwehr gegen Anfeindungen der Demokratie.

Tina Leber, Fabian Mertens und Beate Küpper stellen erste Erkenntnisse aus dem BMBF-Projekt „BEWARE – Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ vor. Sie geben Einblick in die potentielle Bedrohungslage derer, die im Kampf gegen Rechtsextremismus und für Demokratie „an der Front“ stehen, ebenso in ihren Umgang damit.

Jann-Philipp Heiken wirft dazu ergänzend ein Spotlight auf die Bedrohungslage des Essener Bürgerbündnis „Steele bleibt bunt“, Empfänger des Engagementpreises 2023.

Im Interview mit *Tina Leber* gehen *Irina Bohn* und *Judith Rahner* den aktuellen und zukünftigen Entwicklungen und Handlungserfordernissen im Umgang mit Bedrohungen aus der Praxis der Arbeit für Demokratie nach. Sie reflektieren neuere Bedrohungslagen und plädieren für breitere Bündnisse und solide flankierende Maßnahmen zum Schutz von Engagierten und professionell Tätigen.

Der junge *Aktivist und Autor Jakob Springfeld* („Unter Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen Rechts“) berichtet im Interview, welche unmittelbare persönliche Bedrohung das Engagement für Demokratie in Ostdeutschland bedeuten kann.

Einen Einblick, wie sich mit hoch akuten Bedrohungslagen professionalisiert umgehen lässt, gibt der Beitrag von *Christina Zitzmann und Alexandra Huber*. Sie stellen ein Bedrohungsmanagement vor. Basierend auf Erkenntnissen der Radikalisierungsforschung, der Psychologie und Forensik und bewährten Ansätzen aus den USA arbeitet es mit einem stufenweisen Ansatz, der sich als besonders wirksam im Bereich der Gewaltprävention erwiesen hat. Personen u. a. aus der Verwaltung werden geschult, Bedrohungslagen frühzeitig zu erkennen, einzuordnen und ggf. Maßnahmen wie die Ansprache potentieller Täter:innen einzuleiten.

Im thematisch offenen Forum philosophiert *Benno Hafenegger* über die Zukunft der Demokratie in Krisenzeiten. Zukünftige Sozialisations- und Bildungsangebote entscheiden nach seiner Einschätzung, „wohin die ‚Reise der Demokratie‘ gehen wird.“ *Hannah Mietke, Andreas Zick und Jana Marie Bertermann* berichten auf Basis einer qualitativen und quantitativen Befragung über aktuelle Herausforderungen (in) der Rechtsextremismusforschung, darunter auch die eigene Gefährdung durch Recherchen in der rechtsextremen Szene. *Denis van de Wetering* schaut ergänzend auf den vielfach geforderten, gewünschten und wichtigen Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis im Feld der Rechtsextremismusforschung und gegenseitige Erwartungshaltungen. *Martin Rüttgers* gibt einen Überblick über die Entwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ seit seinem Start im Jahr 2015 – dem aus seiner Sicht wichtigsten Demokratiestärkungsprogramm auf Bundesebene, einschließlich der geförderten Partnerschaften für Demokratie (PfD). Die Themenpalette reicht von Rechtsextremismus und Rassismus bis hin zur Stärkung von Partizipationsrechten und Teilhabechancen.

Als *Buzzword* haben wir diesmal den Begriff „*anti-demokratisch*“ gewählt, den die Politikwissenschaftler:in *Paula Diehl* aus Sicht der politischen Theorie beschreibt.

Beate Küpper und Irina Bohn

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter
DOI 10.46499/2371.3037

Beate Küpper, Tina Leber, Irina Bohn

Demokratierelevante Bedrohungen durch Rechtsaußen

Die Bedrohung der Demokratie richtet sich zum einen gegen den Staat (Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht, 2023), seine Verfasstheit und Werte, und ihn repräsentierende Personen und Institutionen, zum anderen gegen die Teile von Zivilgesellschaft, die sich für Demokratie engagieren (Schröder/Trömmer 2021). Demokratiefeindliche politische Bestrebungen (im internationalen Raum wird hier der Begriff "anti-government extremism" genutzt) gehen von Bewegungen, Gruppen und Einzelpersonen, die dem Staat zutiefst misstrauen aus, die auch unter Androhung und Anwendung von Gewalt die demokratische Ordnung zu untergraben versuchen. Der Erstürmungsvorstoß des Reichstagsgebäudes in Berlin im Sommer 2020, des Kapitols in Washington und des Parlaments in Brasilia stehen hierfür exemplarisch. Das Phänomen nimmt in der westlichen Welt seit einigen Jahren deutlich zu. Diese Formen der Bedrohung finden auch wachsenden Zuspruch in breiteren Teilen der Gesellschaft – mit 13 Prozent zeigen inzwischen im Vergleich zu Vorjahren doppelt so viele Befragte der bevölkerungsrepräsentativen Mitte-Studie Verständnis dafür, „dass die Wut gegen Politiker auch schon mal in Gewalt umschlägt“ (Zick/Küpper/Mokros 2022). Mit dem ebenfalls angestiegenen Zuspruch zur Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) haben sie nun auch eine ernstzunehmende parlamentarische Vertretung erlangt.

Die derzeitigen Angriffe gegen die Demokratie werden zuvorderst von der äußersten Rechten angetrieben. Ihre Zielsetzung ist es, Demokrat:innen zurückzudrängen, die Demokratie zu verunmöglichen oder von innen heraus auszuhöhlen, um sie zu zerstören, auch Gegenangriffe der Angegriffenen zu provozieren, um die Gesellschaft und den Staat ins Chaos zu stürzen, hierzulande und weltweit (Dittrich u.a. 2022). Im Vergleich zu anderen Ländern sticht Deutschland mit einer besonders hohen Zahl rechtsextremer Attacken heraus (Ravndal u.a. 2023; RTV Trend Report 2022). Hinzu kommen seit einigen Jahren Phänomene, die in der Wissen-

schaft unter dem Begriff des „Völkisch-autoritär-rebellischen“ (Häusler/Küpper 2021) oder des „libertären Autoritarismus“ (Amlinger/Nachtwey 2022) beschrieben werden. Der Verfassungsschutz summiert diese „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ seit 2021 als neuen Beobachtungsbereich und fasst darunter u.a. „Reichsbürger:innen“, Teile der Verschwörungsszene und „Querdenker:innen“. Auch wenn diese Phänomene und seine Akteure politisch nicht immer eindeutig zuordenbar sind, besteht häufig doch (mit regionalen Unterschieden) eine ideologische, nicht selten auch personelle Nähe und Überschneidung zum Rechtsextremismus.

Angriffe von Rechtsaußen gegen politische Gegner:innen und essentialistisch markierte soziale Gruppen (v.a. ethnisierte und religiöse Minderheiten bzw. Personen, die diesen zugewiesen werden) haben eine lange Tradition, vereinzelt auch solche gegen Repräsentant:innen und Institutionen des Staats. Mit der Coronapandemie ist jedoch ein deutlicher Anstieg beobachtbar, auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Diskussion um Inflation und Energiesicherheit wurden für Angriffe nicht nur auf konkretes staatliches Handeln, sondern auf die Demokratie ganz generell genutzt. Die aktuellen Bauernproteste sind ein weiteres Beispiel, wie ein Protest gegen zunächst eine spezifische Maßnahme (die geplante Streichung der Subvention des Dieselpreises für Landwirte) zu einem breiten Protestgeschehen gegen den als übergriffig wahrgenommenen Staat anwächst, angetrieben nicht zuletzt durch Akteure von Rechtsaußen, die die Stimmung im Netz anheizen und mitdemonstrieren. Die im Zuge der Proteste stattfindenden gewaltförmigen Angriffe gegen Politiker:innen und Veranstaltungen der Grünen sind Teil einer Strategie der Einschüchterung und Demonstration von Macht.

Bei der Bedrohung geht es nicht nur um tatsächlich durchgeführte politische und tätliche Angriffe, sondern darüber hinaus um das Erzeugen einer bedrohlichen Atmosphäre.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf *demokratierelevante Bedrohung*. Wir verstehen sie als Bedrohung, die sich gegen die liberale Demokratie und offene Gesellschaft, ihre Werte und ihr Funktionieren richtet und Personen, Institutionen und Strukturen angreift, die für sie (ein-)stehen. Im Vordergrund stehen demokratierelevante Bedrohungen durch *Rechtsaußen*, wobei wir dies an der zugrundeliegenden Ideologie

festmachen, nicht an der politischen Selbst- oder Fremdzurordnung zu einer rechtsextremen Gruppierung oder Strömung. Wir skizzieren verschiedene Formen der Bedrohung und geben einen kurzen Überblick über ihre Verbreitung.

Bedrohung – die Androhung von etwas Schrecklichem

Bedrohung ist, „wenn der Baseballschläger in der Ecke steht“. Bedrohung liegt also vor dem Eintreten eines einschneidenden, unangenehmen oder gar schrecklichen Ereignisses oder dem tatsächlichen Begehen einer Tat. Sie ist ein vages, schwer fassbares Konstrukt und genau hierin liegt ihre Macht. Ihre Macht ist die Andeutung, in der sich die Vorstellungen über Möglichen entfalten, Sorgen und Angst im Vorfeld um sich greifen und vorausschauend angepasste Verhaltensweisen die Folge sein können. Ihre Macht liegt also in der Antizipation und Imagination.

Die Terrorismusforschung definiert Bedrohung als Intention plus Kapazität – also Wollen und Können – ein Attentat durchzuführen (Bjørge/Ravndal 2019). Die Anschlagswahrscheinlichkeit steigt erst, wenn beides vorhanden ist. Die Psychologie definiert Bedrohung (im Englischen „Threat“) als Konfrontation mit lebensverändernden Ereignissen. Gefühle, die durch diese ausgelöst werden, wirken als Stressoren. Im bekannten psychologischen Stressmodell von Lazarus (Lazarus/Folkmann 1984) wird Bedrohung als Verlust oder Schädigung, die erwartet wird, aber noch nicht eingetreten ist, beschrieben. Kommt eine Person zu der Einschätzung, dass die Situation nicht bewältigbar ist, wird sie als unkontrollierbar erlebt und erzeugt negativen Stress. Wird sie hingegen als bewältigbar wahrgenommen, wird ihre Bearbeitung als Herausforderung angenommen. Angelehnt an die kriminologische Forschung zum subjektive Opferbegriff wird die Bedrohungserfahrung relevant (Greve/Strobl/Wetzels 1994): Bedrohung ist das, was Betroffene als Bedrohung erleben. Allerdings kann es de facto Situationen geben, die mögliche Betroffene vielleicht (noch) nicht als bedrohlich wahrnehmen, die aber dennoch schädigende Wirkung entfalten können (z. B. Morddrohungen in Social Media, welche die adressierte Person selbst gar nicht gelesen hat, aber ihr Kolleg:innen oder andere scheinbar unbeteiligte Personen).

*Die Macht der
Bedrohung liegt in der
Antizipation und
Imagination*

Bedrohlich wirken kann sowohl die konkrete oder allgemeine physische Bedrohung (z.B. durch tätliche Gewalt) als auch die Bedrohung des Ichs (ego-threat; u.a. Leary u.a. 2009), welche das eigene oder öffentliche Selbstbild angreift (z.B. durch die Veröffentlichung von peinlich wirkenden Fotos im Internet). Nicht jede Form der Bedrohung ist bereits strafrechtlich relevant, es kommt auf die Absicht der möglichen Täter:innen und auf die Wahrnehmung der von Bedrohung Betroffenen an. Im Sinne des deutschen Strafrechts gilt Bedrohung als Gefährdungsdelikt gerichtet gegen eine konkrete Person. In § 241 des Strafgesetzbuchs ist Bedrohung gesetzlich verankert, der darauf ausgerichtet ist, das subjektive Sicherheitsgefühl eines Individuums zu schützen. Gefasst wird Bedrohung als gegen eine andere Person oder eine dieser nahestehende Person gerichtete „rechtswidrigen Tat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen eine Sache von bedeutendem Wert“, ebenso wie die Androhung, ein solches Verbrechen zu begehen oder auch nur die Vortäuschung eines solchen. Eine Bedrohung kann also ausgesprochen oder auch nur vorgetäuscht sein, muss jedoch ernst gemeint sein; bloßer Frust oder ziellose Wut reichen hierfür nicht aus.

Bedrohung steht folglich zwischen dem Faktischen, – was, so lange es eine Bedrohung ist, in seinem Ausmaß noch gar nicht eingetroffen ist – und ihrer subjektiven Wahrnehmung und Einschätzung. Die Einschätzung einer faktischen Bedrohungslage und die empfundene Belastung können je nach rahmender Situation und den Wahrnehmungen von Betroffenen variieren. Bedrohungserfahrene Betroffene dürften eine Lage anders einschätzen als Personen, die erstmalig eine Bedrohung erleben.

Adressat:innen der Bedrohung

Demokratierelevante Bedrohung richtet sich zum einen gegen soziale Gruppen bzw. Personen, die diesen Gruppen zugewiesen werden, die als nicht gleichwertig erachtet werden und (fast alle) auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und Richtlinien gegen Diskriminierung genannt werden. Diese Form der Bedrohung ist demokratierelevant, widerspricht sie doch im Kern der gleichen Würde und Wertigkeit, wie sie auch im ersten Artikel des Grundgesetzes verankert ist. Sie richtet sich gegen Frauen, LSBTQ*, obdachlose und behinderte Personen, ist rassistisch, anti-muslimisch und fremdenfeindlich motiviert. Der seit Jahrhunderten oder

gar Jahrtausenden mal schwelende, mal offen ausbrechende Antisemitismus bedroht zuvorderst Jüdinnen und Juden, aber auch ganze Gesellschaften in ihrer Menschlichkeit und ihrem Selbstverständnis, erst recht ihrem demokratischen. Sie richtet sich zum anderen auch gegen Akteure, die von Angreifer:innen dem Staat zugeordnet werden (unabhängig davon, ob diese sich selbst dem Staat zuordnen würden): Parteien und Politiker:innen, Vertreter:innen der Demokratiewerk, Sicherheitsbehörden, die öffentliche Verwaltung und den Gesundheitsbereich, Medien und Journalist:innen, Hochschulen/Universitäten und Wissenschaft. Darüber hinaus adressiert sie Menschen, die als politische Gegner:innen ausgemacht oder markiert werden wie (vermeintliche) Linke oder „der Linken“ zugeordnete subkulturelle Milieus, demokratisch Engagierte, emanzipatorisch arbeitende Sozialpädagog:innen, politische Bildner:innen und Lehrer:innen, die demokratische Werte vertreten, oder Personen, die mit Menschen, die als Feindbild markiert sind, assoziiert werden (z. B. Personen, die in der Geflüchtetenhilfe arbeiten). Auch progressive Künstler:innen und Kulturschaffende sind Angriffen ausgesetzt. So marschierten etwas Neonnazis vor einer Galerie in Zwickau auf mit dem Vorwurf, als „deutsche Galerie“ Ausländer:innen auszustellen (Laudenbach 2023).“

*Adressat:innen demokratierelevanter
Bedrohung engagieren sich für
die Demokratie und loder
werden einer abgewerteten
sozialen Gruppe zugewiesen*

Die Kernzielgruppe ist der Teil der Gesellschaft, der eine liberale Demokratie und offene Gesellschaft wünscht, sie weiterentwickeln und verteidigen will. Es sind zudem Personen, die den unmittelbar Angegriffenen nahe stehen, etwa Familienangehörige, die auf die bedrohte Person einwirken können, ihre Arbeit einzustellen. Auch Mitstreiter:innen der Demokratiewerk und solche, die es potenziell werden können, sollen in Angst versetzt werden mit dem Ziel, Engagement zu verhindern.

Deutlich in der Analyse von Bedrohungsdynamiken wird, dass die Bedrohung einerseits das unmittelbare Opfer adressiert. Durch Einschüchterung oder gar tätliche Gewalt soll die bedrohte Person oder die Initiative/Institution/Einrichtung von ihrer politischen Aktivität, deren Ausrichtung die Täter:innen ablehnen, abgehalten werden. Die Bedrohung entfaltet darüber hinaus auch Wirkung auf weitere Akteure, was von Täter:innen strategisch genutzt wird. Das Dreieck zwischen Täter:in, unmittelbarem Opfer und ultimativer Zielgruppe beschreibt ein Modell aus der Terrorforschung (Schmid 2023), das uns auch für die Bedrohungsforschung an-

schlussfähig scheint. Die öffentliche Kommunikation von Bedrohungen kann Emotionen wie Angst und Sorge an Rezipient:innen transportieren, bei diesen fortwirken und sie einschüchtern. Die Botschaft richtet sich darüber hinaus an die eigenen rechtsextremen Gruppierungen und bürgerlichen Sympathisant:innen und suggeriert damit Stärke und Dominanz. Ebenso nehmen politisch Verantwortliche und Geldgeber der Demokratiearbeit die „Botschaft“ wahr. Diese könnten ihre Förderung in Frage stellen (z. B. weil sie Sorge vor einem Imageverlust haben, nicht selbst ins Schussfeld geraten oder den politischen Konflikt vermeiden wollen). Es könnte jedoch auch dazu führen, dass sie ihre Unterstützungen intensivieren.

Kommunikationsakteure wie Medien und Wissenschaft, aber auch Betroffene selbst, stehen somit vor einem Dilemma: Bedrohungen sichtbar zu machen und öffentlich zu kommunizieren sensibilisiert einerseits für die Gefahr von Rechtsaußen, trägt andererseits aber die „Botschaft der Bedrohung“ weiter, ohne die Folgen kalkulieren zu können.

Dimensionen und Formen von Bedrohung

Abgeleitet aus dem bisherigen Forschungsstand zu demokratierelevanter Bedrohung und den Ergebnissen von Expert:innen-Runden und leitfadengestützten Interviews zur Bedrohung zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit im Projekt BEWARE¹

Politische Interventionen sind „bewusste Machtaktionen zur zielgerichteten Einflussnahme“

(s. dazu auch den Beitrag zur Bedrohung zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit in diesem Heft von Leber/Mertens/Küpper), differenzieren wir vier Dimensionen der Bedrohung (Abb. 1): *Gewaltbezogene Angriffe, politische Interventionen, gesellschaftspolitische Bedrohungsszenarien* und *Bedrohungserwartungen*.

Unter jeder der Dimensionen lassen sich spezifische Bedrohungsarten und konkrete Handlungen beschreiben. Die vier genannten Dimensionen des Bedrohungserlebens sind in der Praxis miteinander verwoben. Gleiches gilt für die individuelle, institutionelle

1 Die qualitative Befragung wurde im Rahmen des Projekts „BEWARE – Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ durchgeführt, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung in der Förderlinie Rassismus und Rechtsextremismus. Zum BEWARE-Team gehören Tina Leber und Fabian Mertens als wissenschaftliche Mitarbeiter:innen sowie ehem. Katharina Lammert und Jann-Philipp Heiken als wissenschaftliche bzw. studentische Hilfskräfte, die Projektleitung liegt bei Prof. Dr. Beate Küpper, Fachbereich Sozialwesen/Institut SO.ON, Hochschule Niederrhein.

und strukturelle Ebene, auf der sich Bedrohungen zeigen und Adressat:innen ausmachen lassen.



Abbildung 1: Vier Dimensionen der Bedrohung

Gewaltbezogene Angriffe: Zuallererst fallen Angriffe ins Auge, die Gewalt beinhalten, mit ihr drohen, sie ankündigen oder bewusst und gezielt erahnen lassen. Hierunter fassen wir verbale und schriftliche Beleidigungen und Drohungen, die etwa über direkt adressierte Briefe, Hassmails und Drohanrufe oder über indirekt ausgestoßene Bedrohungen oder Postings auf Sozialen Medien kommuniziert werden, auch die Veröffentlichung von Namen, Fotos und/oder Adressen zählen wir dazu. Eindeutig gewaltbezogen sind zudem Sachbeschädigung und Körperverletzungen. Weniger eindeutig sind Handlungspraxen wie aktive Raumnahme, die z.B. Störungen von Veranstaltungen oder gezielt eingesetzte körperliche Präsenz, etwa vor Einrichtungen der Demokratiewerkstatt beinhalten. Ebenfalls das wahrnehmbare Fotografieren von Einrichtungen und Teilnehmenden von Demonstrationen gegen Rechtsextremismus lässt sich dazuzählen. Beispielsweise wurde der inzwischen als Rechtsterrorist rechtskräftig verurteilte

ehemalige Soldat Franco A. dabei beobachtet, wie er in der Tiefgarage der Amadeu Antonio Stiftung, die für innovative Präventionsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bekannt ist, die Autos fotografierte. Einige solcher Angriffe sind klare Gesetzesverstöße und unterliegen der Strafbarkeit, andere sind nicht zwangsläufig rechtswidrig oder bewegen sich in einem Graubereich.

Politische Interventionen: Politische Steuerungen sind zentrale Instrumente der Demokratie und zielen immer auf gesellschaftspolitische Einflussnahme und Gestaltung im eigenen politischen Interesse ab. Sie sind dann eine demokratierelevante Bedrohung, wenn sie direkt oder indirekt darauf abzielen, demokratische Institutionen, Prozesse oder Demokratietarbeit zu behindern oder zu delegitimieren und eine substantielle Veränderung herbeizuführen. Schuhmacher, Schwerthelm und Zimmermann (2021) beschreiben politische Interventionen als Abgrenzung zur Steuerung daher als „bewusste Machtaktionen zur zielgerichteten Einflussnahme“. Sie sehen sie durch die „Intention der Delegitimierung der anderen Seite und der Selbstlegitimierung“ der eigenen Seite gekennzeichnet, wobei die Legitimität der Machtaktionen umstritten sei und diese in engem Bezug zu „übergeordneten politischen Themen und Konflikten“ stehe. Das Arbeitsfeld stellt lediglich eine „Kulisse“ dar, welche von außen instrumentalisiert wird. Im Feld der Bedrohung durch Rechtsaußen werden als politische Intervention insbesondere parlamentarische Anfragen zu Programmen, Adressat:innengruppen, Einrichtungen und Mitarbeiter:innen der Demokratietarbeit genutzt. Ebenso gehören beispielsweise juristische Mittel (z. B. Anzeigen) und politische Markierungen (z. B. als „linksextrem“ oder „Störenfried“) in publizistischen Veröffentlichungen oder Postings dazu.

Gesellschaftspolitische Bedrohungsszenarien: Als bedrohlich werden von Engagierten in der Demokratietarbeit nicht nur Interventionen und Handlungen definiert, welche sich unmittelbar gegen Akteure richten, sondern auch Angriffe und Bedrohungen, die sich gegen eine demokratische Gesellschaft als Ganzes richten, von Salzborn (2017: 19) beschrieben als „ein Aufbegehren gegen die demokratischen Strukturen in Politik und Gesellschaft, das sich autoritär gegen Gleichheit und Universalismus richtet“. Diese dritte Dimension der Bedrohungserfahrung stellt für Akteur:innen der Demokratietarbeit eine besondere Relevanz dar, da sie nicht nur abstrakt als Gesellschaftsmitglieder betroffen sind, sondern im Besonderen durch ihre rollenspezifische Position bzw. Verortung sowie

ihrer Selbst- und Fremdbeauftragung und -wahrnehmung innerhalb der Gesellschaft. So können Angriffe gegen als „links(extrem)“ markierte Personen durch gesellschaftliche Diskurse gerechtfertigt erscheinen. Die Wahrnehmung eines Erstarkens von rechtsaußen Diskursen und Akteur:innen bei gleichzeitiger Abnahme von gesellschaftspolitischer Solidarisierung unter den Bedingungen eines unsicher strukturierten Handlungsfeldes (z. B. durch Kürzungen im sozialen Bereich) werden zur Bedrohungskulisse, die sich in direkte Adressierung von Personen, Institutionen und Handlungsfeld übersetzt, wie die Befunde des Projekts BEWARE zeigen. Das explizite Extrahieren dieser Bedrohungsform stellt eine wichtige Ergänzung zum bisherigen Forschungsstand dar.

Bedrohungserwartungen: Die vierte Dimension von Bedrohungserleben kann als „Bedrohungserwartung“ beschrieben werden und kristallisiert sich in den Interviews des Projektes BEWARE als besonders wichtig heraus. Bedrohungserwartungen können sich auf alle bisher benannten Aspekte von Bedrohungserleben beziehen und schließen sowohl die Angst, betroffen zu werden, als auch die Sorge vor potenziellen Folgen mit ein. Die Befürchtungen beziehen sich nicht ausschließlich auf die eigene Person, sondern auf vulnerable gesellschaftliche Gruppen und demokratische Er rungenschaften im Ganzen. Gerade weil dieser Aspekt des Bedrohungserlebens quer zu den bereits beschriebenen Dimensionen liegt, wird er leicht als eigenständige Bedrohungsdimension verkannt und taucht in der bisherigen Forschung zum Thema lediglich als Folgeerscheinung auf. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Terrorismusforschung wird, wie bereits aufgezeigt, deutlich, dass die Bedrohungserwartung kein Nebeneffekt oder eine reine Folge von Bedrohungen ist, sondern ein genuiner Teil dieser. So beschreibt Waldmann Terrorismus als Kommunikationsstrategie, die neben der physischen Wirkung auf die direkt Betroffenen immer auch eine psychische und symbolische Wirkung auf Dritte hat (Waldmann 2005). Dies ist nicht ausschließlich ein Effekt oder eine Folge von Bedrohung, sondern eine zielgerichtete Handlung als Teil einer politischen Bedrohungsstrategie.

Verbreitung demokratierelevanter Bedrohung

Auskunft über die Verbreitung demokratierelevanter Bedrohung zu geben, ist nicht leicht. Die offiziellen Zahlen von Polizei und Verfassungsschutz erfassen lediglich registrierten Fälle, die also von der Polizei abschließend bearbeitet, entsprechend kategorisiert und an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Gerade auch aus dem Bereich von Bedrohung und

*Die Erwartung von
Bedrohung ist ein genuiner
Teil der Bedrohung*

Hasskriminalität ist bekannt, dass viele Fälle aus unterschiedlichsten Gründen gar nicht erst gemeldet werden. Die Anzahl an registrierten Bedrohungen hängt zudem von der Aufmerksamkeit für das Thema ab. Eine steigende Zahl an Fällen kann also

einen de facto Anstieg, mehr Sensibilität, mehr Anzeigebereitschaft und/oder eine verbesserte Aufnahme und Kategorisierung spiegeln. Zivilgesellschaftliche Organisationen (wie z. B. RIAS – eine Meldestelle antisemitischer Straftaten – und HateAid, bei denen man Hass im Internet melden kann), die ggf. mehr Vertrauen genießen und andere Bewertungskriterien anlegen, sammeln ebenfalls Meldungen von (nicht zwingend strafrechtlich relevanten) Bedrohungen und Taten. Auch die Jahresberichte der Betroffenenberatungen oder der Mobilen Beratungsteams erfassen bedrohungsrelevante Vorkommnisse und Bedarfe. Darüber hinaus dokumentieren zahlreiche lokale Gruppen und Initiativen rechte Gewalttaten und Bedrohungen. Die von der Amadeu Antonio Stiftung im vergangenen Jahr gestartete „Meldestelle Antifeminismus“ hat ihrerseits sehr viel (auch bedrohlichen) Shitstorm auf sich gezogen.

Viele Bedrohungen dürften sich allerdings – weil es eben Bedrohungen sind, die nicht zwangsläufig in Straftaten münden – weder in der Polizeistatistik noch in zivilgesellschaftlichen Chroniken abbilden. Dies gilt umso mehr für die Erwartung von Bedrohung, sowie das gesellschaftspolitische Bedrohungsszenario, welche sich in der qualitativen Forschung als höchst relevant zeigen. Erschwerend hinzu kommt die bereits angesprochene Perspektivendivergenz – Bedrohung hat immer auch eine subjektive Komponente, wer bedroht wird, nimmt eine Situation ggf. anders wahr als der, der nicht bedroht wird. Der folgende kurze Überblick kann daher nur grobe, unvollständige und verzerrte Hinweise auf das Ausmaß demokratierelevanter Bedrohung geben.

Bedrohung gegen staatliche und dem Staat zugeordnete Akteure

Der Verfassungsschutz, der sich als Instrument für eine wehrhafte Demokratie versteht und den Selbstanspruch erhebt, Bedrohungen auf die Demokratie frühzeitig abzuschätzen, listet in diesem Sinne „politisch motivierte Kriminalität“, Straftaten, die als klassische Staatsschutzdelikte gelten können. Für das Jahr 2022 weist die offizielle Polizeistatistik mit insgesamt 58.918 registrierten politisch motivierten Straftaten eine Verdopplung im 10-Jahres-Vergleich auf; zugenommen hat insbesondere die Anzahl der politisch nicht zuordenbaren Vorfälle. 60 Prozent der erfassten Delikte zielten darauf ab „Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind“ (Bundeskriminalamt 2023: 25). Der Großteil dieser Straftaten wurde als „politisch rechts motiviert“ eingestuft, die im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen sind. Diese Taten beinhalten Anfeindungen und Angriffe auf demokratische Institutionen und jene, die sich für *politische Ämter zur Wahl stellen bzw. die Demokratie repräsentieren*, also auf Amts- und Mandatsträger:innen, insbesondere auch Bürgermeister:innen, die nicht zwangsläufig zur Anzeige gebracht werden, jedoch in Studien dokumentiert sind (z. B. Alin u.a. 2021; Blätte u.a. 2022; Imbusch/Steg 2022). Straftaten gegen diese Personengruppe sind zwar insgesamt wieder rückläufig, beinhalten jedoch mehr Gewaltdelikte. So berichten zwei Drittel der Bürgermeister:innen in einer Befragung im Auftrag der Zeitschrift KOMMUNAL, schon einmal Bedrohung ausgesetzt gewesen zu sein. Während der Coronapandemie hat die Bedrohung sogar noch zugenommen. Eine aktuelle Umfrage unter ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen, die oft in kleineren Kommunen ihr Amt ausüben, kommt zu etwas geringeren Werte, doch auch hier mussten 55 Prozent bereits Anfeindungen oder Angriffe erleben; weibliche Amtsträger:innen berichten häufiger über mehrfache Bedrohung (Süß u.a. 2022). Die Studie gibt Hinweise darauf, dass die Bedrohung abnimmt, je kleiner die Kommune ist. Hier könnte das persönliche Kenn- oder gar Verwandtschaftsverhältnis vor Angriffen schützen, so die Überlegung der Autor:innen. In der anonymeren Atmosphäre von größeren Städte könnten Bürgermeister:innen eher als Projektionsfläche für allgemeine Unzufriedenheit dienen.

Auch Bedienstete der *öffentlichen Verwaltung* bzw. Mitarbeiter:innen staatlicher/kommunaler Institutionen sind Bedrohung und Gewalt ausgesetzt, über die das Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

*Mehr als die Hälfte der
Bürgermeister:innen hat
schon Bedrohung erleben
müssen*

berichtet (Bühren u. a. 2022). Mangels Vergleichszahlen und aufgrund der Schwierigkeit, das Dunkelfeld aufgrund veränderter Sensibilität und Anzeigebereitschaft zu bestimmen, lässt sich nicht sagen, ob die Gewalt insgesamt in den letzten Jahren zugenommen hat. Es scheinen aber vor allem Nötigungen, Widerstandsdelikte und verbale Gewalt zugenommen zu haben, weniger jedoch körperliche Übergriffe, zugleich werden letztere häufiger zur Anzeige gebracht. Insbesondere für Beschäftigte mit unmittelbarem Kontakt zu Kund:innen (z. B. Angestellte der Jobcenter) sind Beleidigungen eine häufige Erfahrung, dennoch werden diese seltener gemeldet als gravierendere Vorfälle. Die Autor:innen gehen daher von einer hohen Dunkelziffer gerade kleinerer und mittlerer Übergriffe aus. Wie genau sich die Täter:innenschaft zusammensetzt und welche Rolle dabei Akteur:innen und Ideologiefragmente von Rechtsaußen spielen, ist offen.

Hinzu kommen Angriffe gegen Akteure (Personen und Institutionen), die von den Angreifer:innen *dem Staat zugeordnet* werden (unabhängig davon, ob dies de facto der Fall ist). Dazu gehören neben der Polizei (insbesondere Streifenpolizist:innen sind betroffen) auch der nicht-staatliche Rettungsdienst und die Feuerwehr. Die Bedrohungen haben insbesondere während der Coronazeit zugenommen (ebd.), möglicherweise, weil die Personengruppen, als (un-)mittelbar ausführende Instanzen der staatlichen Maßnahmen als „freiheitseinschränkend“ wahrgenommen wurden. Auch Angriffe gegen Hochschulen/Universitäten und Wissenschaft sowie gegen Medien und Journalist:innen hatten in dieser Zeit Konjunktur (Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit 2023). Betroffen sind hierbei insbesondere Journalist:innen, die im lokalen Raum unmittelbar bekannt und für Täter:innen zugänglich sind, etwa auch mit bedrohlichen Versammlungen vor Redaktionshäusern. Knapp die Hälfte der Vorfälle wurde politisch rechten Täter:innen zugeordnet, eine weitere knappe Hälfte waren politisch nicht zuordbar, 4 Prozent der Täter:innen wurden dem linken Spektrum zugeordnet. Die „Lügenpresse“-Vorwürfe zeigen also Wirkung.

Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit

Zu Angriffen auf die *zivilgesellschaftliche Demokratietarbeit* gibt es bislang nur vereinzelt Studien (siehe dazu ausführlich den Beitrag von Bohn/Sass-

mannshausen/Winter und Leber/Mertens/Küpper in diesem Band). Hier wird neben vereinzelt tötlichen Angriffen insbesondere von Beschimpfungen und Diffamierungen online wie offline berichtet. Darüber hinaus spielt die politische Intervention eine zunehmende Rolle (Helmert u. a. 2023).

Die AfD nutzt insbesondere parlamentarische Anfragen, also ein eigentlich wichtiges Instrument der Demokratie, um die zivilgesellschaftliche Arbeit für Demokratie zu delegitimieren und zu diskreditieren, sie zu erschweren und zu verunmöglichen. Sie zielt gerade auch auf Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“².

Eine kleine Pilotstudie des DEZIM-Instituts hat Personen, die antirassistische Arbeit machen befragt; etliche von ihnen identifizieren sich selbst als zugehörig zu einer häufig diskriminierten Gruppe und werden vermutlich auch von Täter:innen dieser zugewiesen, z. B. aufgrund ihres ausländisch klingenden Namens (Sommer/Ratzmann 2023). Neben der Diffamierung der Organisation und ihrer Arbeit berichten viele auch von persönlicher Beleidigung und Diskriminierung u. a. verbreitet über Hate-speech in Sozialen Medien, ein Viertel wurde bereits persönlich z. B. über Drohanrufe oder sogenannte „Todeslisten“, auf denen ihr Name auftaucht, eingeschüchtert. Einige wenige hatten bereits Hacker- und Cyberangriffe erlebt, in denen die Einrichtung z. B. mit Spams überhäuft wurde. Auch von Sachbeschädigung, Schmierereien mit Hakenkreuzen und Fäkalien berichten einige. Bei fast allen erzeugt dies Stress. Die 16 Mitarbeitende, die ergänzend qualitativ interviewt wurden, teilen das Gefühl, die Bedrohungslage habe sich in den letzten Jahren erhöht, und sie würden sich zunehmend die Frage stellen, wie sie damit umgehen sollten.

Bedrohung motiviert durch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Bedrohung motiviert durch *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse. Verübt wird sie im Alltag durch diverse Akteure auf individueller wie institutioneller Ebene. Rechtsaußen Akteure beeinflussen hier zum einen die Diskurse, die diese Bedrohung

² <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/parlamentarische-anfragen-die-afd-versucht-zweifeln-an-der-demokratie-zu-naehren-94873/> [3.3.2024].

wahrscheinlicher macht, sie sind zum anderen aber gerade bei Straf- und Gewalttaten auch unmittelbare Täter:innen.

Die Polizeistatistik erfasst diese Form der Bedrohung als Hasskriminalität. Darunter fallen neben Brandstiftungen auch Körperverletzungen, vereinzelte Tötungsdelikte und versuchte Tötungen, die zwar zahlenmäßig wenige sind, aber Angst und Schrecken verbreiten können. Im Jahr 2022 hat Hasskriminalität mit 11.520 registrierten Fällen um fast 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (BKA Bericht 2023: 10). Die Zahl der gemeldeten Hasspostings im Internet hat sich vom 1. zum 4. Quartal 2023 nahezu verdoppelt. Ob dies an mehr Hasspostings lag oder schlicht aufgrund des Bekanntwerdens der Meldestelle mehr Anzeigen erfolgen, ist offen.

Die hohe Zahl an Hasskriminalität geht vor allem auf fremdenfeindliche Angriffe gegen Asylsuchende und -Unterkünfte zurück. Auch antisemitische Bedrohung insbesondere von rechtsextremer Seite hat nach einem Absinken im Vorjahr in wieder 2023 zugenommen; so berichten etwas Gedenkstätten von vermehrter Sachbeschädigung (Lagebericht der Amadeu Antonio Stiftung zum Antisemitismus 2023). Seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel und des erneut dramatisch entfachten Nahost-Konflikts (siehe dazu auch das Interview mit Julia Bernstein in diesem Heft) haben antisemitische Bedrohungen noch einmal massiv zugenommen. Parallel gibt es auch mehr muslimfeindliche Angriffe etwa auf Moscheen und Restaurants, wie CALM, eine zivilgesellschaftliche Dokumentationsstelle von antimuslimischem Rassismus, berichtet.³

Auch die Anzahl der frauenfeindlichen Hasstaten und gegen LSBTQ*-Personen haben zugenommen, übrigens auch die häusliche Gewalt gegen Frauen.

Angriffe auf Grund von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dürften in besonderer Weise bedrohlich wirken, da die Betroffenengruppe häufig über vergleichsweise weniger gesellschaftlichen Einfluss und gewährte Solidarität verfügen. Diese erachten aber Betroffene für hoch relevant, um halbwegs produktiv mit Bedrohung umgehen und sie verarbeiten zu können, wie die Ergebnisse des Projekts „BEWARE“ und die Befragung

3 <https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-gewaltvolle-uebergriffe-drohungen-diskriminierungen-zahl-antimuslimischer-vorfaelle-bundesweit-erneut-gestiegen/> [8.3.2024].

von Amts- und Mandatsträgern in Brandenburg (Klewes u. a. 2022) unterstreichen.

Herausforderungen der Bedrohung

Die Vagheit von Bedrohung erschwert ihre Erfassung, lässt aber bereits auch ihre möglichen Begleiterscheinungen und Folgen erahnen. Es sind die unmittelbar Betroffenen mit ihren Perspektiven, die eine Bedrohung als bedrohlich wahrnehmen und kennzeichnen. Diese Einschätzung müssen sie nicht selten nach Außen rechtfertigen und verteidigen. Bedrohung ist raumgreifend, sie ist lästig und belastend, sie ist ein Gespenst und daher auch verdächtig, ein Hirngespinnst zu sein. Inzwischen gibt es nicht zuletzt aufgrund des komplizierten und belastenden Umgangs mit der erlebten Bedrohung Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt.

Die Reaktion auf Bedrohung von Personen, Einrichtungen und Gesellschaft reicht von Ignorieren, Achselzucken bis hin zu Rückzug und Angst, sie kann aber auch Gegenwehr erzeugen. Dabei hat die Bedrohung nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern auch für ihr Umfeld, Folgen (individuelle und kollektive Viktimisierung). Auf Personengruppen, die ohnehin bereits Diskriminierung erfahren, kann die Bedrohung mit rechter Gewalt auch in Abhängigkeit der Reaktion Dritter zu nachhaltigem Vertrauensverlust und Abkapseln führen (Böttger/Lobermeier/Plachta 2014).

Die Demonstrationen gegen Rechtsaußen sind ein Ausdruck von Gegenwehr gegen demokratierelevante Bedrohungen

Im politischen Raum mindert die Bedrohung, insbesondere die Erwartungsangst, inzwischen die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Lokalpolitik, so weigern sich z. B. gewählten Amts- und Mandatsträger:innen der kommunalen Verwaltung in Sitzungen zu kommen, wenn diese öffentlich gestreamt werden, aus Angst, identifiziert zu werden (Klewes u. a. 2022). Gerade in kleinen Kommunen ist es bisweilen schwer, überhaupt noch jemanden zu finden, der sich ehrenamtlich für das Amt der/des Bürgermeister:in aufstellen lässt, auch das zivilgesellschaftliche Engagement dünnt aus (Klewes u. a. 2022). Dazu gehört auch der Rückzug der Demokrat:innen aus digitalen Räumen (siehe dazu den Beitrag von Laura Pfirter in diesem Heft).

Folge kann auch die Entpolitisierung von Engagement sein. Zivilgesellschaftliche Bündnisse fühlen sich in ihrem Engagement sowohl gestützt

und gestärkt, an einigen Orten sind sie aber auch zurückhaltend, aus Angst vor den Folgen: „Wir sind dann die ersten, denen das Geld gekürzt wird, wenn der nächste Bürgermeister von der AfD ist“, so ein O-Ton aus einem Bündnis. Zeitgleich signalisieren die großen Demonstrationen gegen Rechts-extremismus und für die Demokratie, die derzeit Anfang des Jahres 2024 stattfinden, wirkmächtig, dass die sich als demokratisch verstehenden Gesellschaftsteile nicht gewillt sind, rechtsaußen Akteuren das Feld zu überlassen. Sie können in diesem Sinne auch als eine Gegenwehr gegen die Angriffe der letzten Jahre gelesen werden. „Jetzt ist aber mal Schluss“ war anekdotisch von Demonstrierenden zu hören, die nicht zum traditionellen „Demonstrationsklientel“ zählen.

Die „wehrhafte Demokratie“ braucht jedoch nicht nur Zivilcourage, sie braucht auch entschlossenes Handeln von Politik und Verwaltung, statt Leisetreteri in vorseilendem Gehorsam. Sie braucht Sicherheitsorgane, die sie tatsächlich auch verteidigen wollen und die Zivilgesellschaft als Partnerin, nicht als Feindin betrachtet. Und sie braucht Bürger:innen, die ihre Demokratie schätzen, pflegen, weiterentwickeln und für sie einstehen, gerade wenn sie bedroht wird. Wir sind nicht ausnahmslos sicher, inwieweit Gesellschaft und Politik überall wirklich verstanden haben, was auf dem Spiel steht.

Literatur

- Alin, Selin/Bukow, Sebastian/Faus, Jana/John, Stefanie/Jurrat, Andria (2021): Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland. Berlin.
- Amadeu Antonio Stiftung (2023): Angriffe auf die Erinnerung. Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus #12. Abrufbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-12/> [8.3.2024].
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit Aspekte des libertären Autoritarismus. Suhrkamp. Berlin.
- Bjørngo, Tore/Ravndal, Jacob (2019): Extreme-Right Violence and Terrorism: Concepts, Patterns, and Responses. Policy Brief. International Center of Counter Terrorism. DOI: 10.19165/2019.1.08
- Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura /Schmitz-Vardar, Merve (2022): Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.). Band 64 der Schriftenreihe zur Demokratie. Berlin.

- Böttger, Andreas/Lobermeier, Olaf/Plachta, Katarzyna (2014): Opfer rechtsextremer Gewalt. Wiesbaden: Springer VS.
- Böttger, Andreas/Lobermeier, Olaf/Plachta, Katarzyna (2014): Opfer rechtsextremer Gewalt. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundeskriminalamt (2023): Politisch motivierte Kriminalität für das Jahr 2022. Bundesministerium des Inneren und für Heimat. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [8.3.2024].
- Bundesministerium des Inneren (2023): Häusliche Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/07/lagebild-hg.html> [8.3.2024].
- Bühren, Katharina/Engewald, Bettina/Piesker, Axel/Steffens, Benedikt/Steffens, Carolin/ Uhlig, Fabienne/Ziekow, Jan (2022): Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Ein Literatur- und Praxisüberblick. Speyerer Forschungsbericht 302. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.
- Dittrich, Miro/Rathje, Jan/Manemann, Thilo/Müller, Frank (2023): Militanter Akzelerationismus. Ursprung und Aktivität in Deutschland. CeMAS Report. Abrufbar unter: <https://cemas.io/publikationen/militanter-akzelerationismus/> [8.3.2024].
- Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2023): Feindbild Journalist:in 7. Berufsrisiko Nähe. Abrufbar unter: <https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-7/> [8.3.2024].
- Gomolla, Mechthild (2016): Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen E. (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Springer Reference Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Greve, Werner/Strobl, Rainer/Wetzels, Peter (1994): Das Opfer kriminellen Handelns: Flüchtling und nicht zu fassen: Konzeptuelle Probleme und methodische Implikationen eines sozialwissenschaftlichen Oberbegriffes. Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, 33. Hannover.
- Häusler, Alexander/Küpper, Beate (2021): Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Hrsg. von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, S. 225–243.
- Helmert, Cornelius/Thürling, Marleen/Treidl, Johanna/Mönig, Alina (2023): Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft. Unter Mitarbeit von M. Meyer und A. Horlacher. Jena.

- Imbusch, Peter/Steg, Joris (2022): Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger*innen – eine Gefahr für die Demokratie. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 12. Jena, S. 34–49.
- Klewes, Joachim/Rauh, Christina/Wazinski, Constantin/Bäcker, Nina-Kristin (2022): Ergebnisbericht zur Studie: Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt. Potsdam.
- Laudenbach, Peter (2023): Volkstheater. Der rechte Angriff auf die Kunstfreiheit. Berlin.
- Lazarus, Richard S./Folkman, Susan (1984): Stress, Appraisal, and Coping. New York.
- Leary, Mark R./Terry, Meredith L./Batts Allen, Ashley/Tate, Eleanor B. (2009): The concept of ego threat in social and personality psychology: Is ego threat a viable scientific construct? *Personality and Social Psychology Review*, 13(3), S. 151–164.
- Ravndal, Jacob Aasland/Tandberg, Charlotte/Sessolo, Simone/Jupskås, Anders Ravik/Bjørngo, Tore (2023): RTV Trend Report 2023. Right-Wing Terrorism and Violence in Western Europe, 1990 – 2022. C-REX Research Report 1/2023.
- Salzborn, Samuel (2017): Angriff der Antidemokraten. Weinheim u. a.
- Schmid, Alex P. (2023): Defining Terrorism. ICCT Report. International Center for Counter Terrorism
- Schroeder, Wolfgang/Trömmel, Markus (Hg.) (2022): Rechtspopulismus. Zivilgesellschaft. Demokratie. Bonn.
- Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz/Zimmermann, Gillian (2021): Stay with the trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Tübingen.
- Sommer, Moritz/Ratzmann, Nora (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft. Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DeZIM Research Notes 10. Berlin.
- Süß, Louisa A./Bogumil, Jörg/Gehne, David H. (2022): Der ehrenamtliche Bürgermeister: Ein unbekanntes Wesen. *Ländlicher Raum* 21, 3/2022, S. 54–58.
- Waldmann, Peter (2005): Terrorismus. Provokation der Macht. Hamburg.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Herausgegeben von Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:

DOI 10.46499/2371.3038



Hass und Hetze im Netz

Herausforderungen und Reaktionsmöglichkeiten

Da menschenverachtendes Gedankengut im digitalen Raum oftmals unkontrolliert Verbreitung findet, nehmen die in diesem Sammelband vereinten Expertinnen und Experten dieses Phänomen genauer unter die Lupe. Dabei widmen sie sich sowohl den Herausforderungen als auch den sich bietenden Handlungsoptionen, um Hassbotschaften im Netz effektiv entgegenzuwirken. Wissenschaftliche Perspektiven werden um praktische Erfahrungen aus der Zivilgesellschaft, Polizei und Justiz ergänzt. Zudem wird in den Beiträgen die Rolle der Zivilcourage und des Einsatzes für demokratische Werte bei der Bewältigung von diesem Phänomen erörtert.

hrsg. von Melis Becker, Jessica Maron und
Aladdin Sarhan

Reihe „Politisches Sachbuch“

ISBN 978-3-7344-1616-3, 144 S., € 18,90

PDF: ISBN 978-3-7566-1616-9, € 17,99



Unter Mitarbeit von

Marwan Abou-Taam, Melis Becker,
Jürgen Brauer, Wyn Brodersen,
Fabian Fiedler, Maik Fielitz, Helga Ihm,
Yurdaer Inanli, Rolf Knieper,
Ahmad Mansour, Matthias Quent,
Aladdin Sarhan, Gesa Stückmann

AUTORINNEN UND AUTOREN

Jan Becht ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Projekt „Demokratie in Kinderschuhen. Mitbestimmung und Vielfalt in katholischen Kitas“ des KTK-Bundesverbands und kümmert sich in dieser Position um die Verbreitung der Projektinhalte.

Dr. des. Carlos Becker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. in Frankfurt und dort vordringlich mit der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ betraut. Er ist außerdem als Vorstand der Heinrich Böll-Stiftung Hessen aktiv.

Dr. Reiner Becker ist Leiter des Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg. Das Demokratiezentrum ist Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Träger des Forschungs- und Weiterbildungsbereichs „Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ und Träger der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen“. Er ist Mitglied der Redaktion.

Prof. Dr. Andreas Beelmann ist Professor für Intervention und Evaluation am Institut für Psychologie und Direktor des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Schwerpunkte seiner Forschungen sind die Entwicklung und Prävention von Verhaltensproblemen und Kriminalität im Kindes- und Jugendalter, die Erstellung von Forschungsbilanzen sowie die entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention.

Julia Bernstein studierte an der Universität Haifa Kunstgeschichte, Soziologie und Kulturanthropologie und hat eine Professur für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft an der University of Applied Science Frankfurt inne. Sie war im Expert*innengremium nach dem Skandal um antisemitische Kunstwerke bei der documenta fifteen. Als Autorin hat sie zahlreiche Bücher über Antisemitismus veröffentlicht.

Jana Marie Bertermann ist wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt „Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX)“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld.

Irina Bohn ist stellvertretende Institutsleiterin und Bereichsleiterin für „Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention“ am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Frankfurt/M.

Prof. Dr. Paula Diehl ist seit 2019 Professorin für Politische Theorie, Ideengeschichte und Politische Kultur an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Prof. (em.) Dr. Benno Hafener lehrte und forscht am Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Jann-Philipp Heiken hat im September 2023 den Bachelor-Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Niederrhein abgeschlossen.

Katja Heiser ist selbstständige Theater- und Kulturschaffende in transkulturellen Kontexten und seit 2018 Koordinatorin des Schulprojekts „Come Together – Ein Projekt der Banda Comunale“.

Alexandra Huber (M.A.) studierte Europäische Ethnologie und Kulturanthropologie sowie Gender Studies. Anschließend war sie als Projektmitarbeiterin an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm tätig. Seit 2020 ist sie offizielle Ansprechpartnerin des Bedrohungsmanagements Mittelfranken, einem regionalen Netzwerk zur Verhinderung schwerer, zielgerichteter Gewalttaten.

Prof. Dr. Beate Küpper ist Sozialpsychologin und hat die Professur für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach inne. Sie ist außerdem stellvertr. Leiterin des Instituts SO.CON – Social Concepts und ist u. a. Ko-Autorin der FES „Mitte-Studie“ zu antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft.

Tina Leber ist Dipl.-Erziehungswissenschaftlerin und wiss. Mitarbeiterin im Projekt BEWARE/BMBF-Förderlinie „Rassismus und Rechtsextremismus“.

Marvin Lorentzen ist Redaktionsassistent der ZDGM.

Fabian Mertens ist Sozialwissenschaftler (M.A.) und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut SO.CON an der Hochschule Niederrhein sowie unter anderem im BMBF-geförderten Projekt „BEWARE – Bedrohte Demokratiprojekte wappnen“ tätig.

Hannah Mietke ist Erziehungswissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld. Sie koordiniert das vom BMBF geförderte Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX).

Yannick Passeick ist Politikwissenschaftler und Bildungsreferent bei FARN. Er konzipiert Bildungsmaterialien und führt Veranstaltungen zu Naturschutz und Rechtsextremismus durch.

Annett Petzold ist Diplom-Soziologin und arbeitet beim RAA Sachsen e.V. als Projektkoordinatorin für das Bündnis gegen Antisemitismus in Dresden und Ostsachsen.

Laura Pfirter ist Sozialwissenschaftlerin (M.A.) und Fellow des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Sie beschäftigt sich insbesondere mit den Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Handelns und Shrinking Civic Space Phänomenen sowie den spezifischen digitalen Herausforderungen der demokratischen Zivilgesellschaft in Deutschland und der Schweiz.

Dr. phil. Leandra Postay ist Projektreferentin bei FARN. In ihrer Arbeit ist sie zuständig für die Konzeption von Bildungsmaterialien und Durchführung von Bildungsveranstaltungen im Themenfeld Naturschutz, Rechtsextremismus und Stärkung der Demokratie auf lokaler und globaler Ebene.

Judith Rahner ist Leiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung. Zudem leitet sie im Rahmen des Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention den Projektbereich zur Stärkung der bundesweiten Zivilgesellschaft.

Martin Rüttgers ist Politikwissenschaftler und Leiter des Instituts für Demokratiepolitik & Organisationsberatung. In seinen Veröffentlichungen werden u.a. die Forschungsthemen Netzwerke (der Engagementförderung), Bürgerkommunen und Strategien gegen Rechtsextremismus analysiert.

Jan Saßmannshausen (M.A.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. und dort vordringlich mit der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ betraut. An der Schnittstelle zwischen Forschung, Praxis und Politik befasst er sich in diesem Zusammenhang u.a. mit Fragen der (kommunalen) Demokratieförderung.

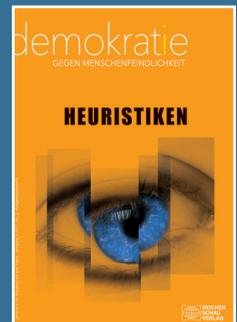
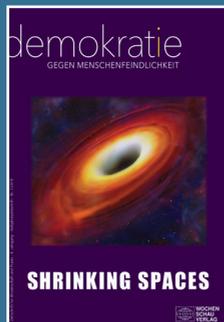
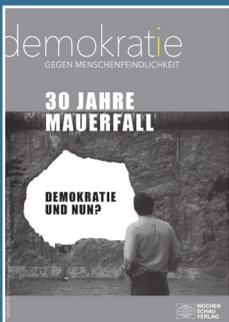
Jakob Springfeld studiert Politikwissenschaft und Soziologie in Halle, befindet sich aktuell mit seinem Buch „Unter Nazis. Jung, ostdeutsch, gegen Rechts“ auf Lesereise und engagiert sich für Antifaschismus und Klimagerechtigkeit. Er wuchs im sächsischen Zwickau auf, sein Aktivismus stieß schnell auf Anfeindungen, welche er immer wieder benennt und sich zugleich für eine Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Zwickau und Sachsen einsetzt.

Denis van de Wetering ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am SO.CON – Social Concepts der Hochschule Niederrhein. Im Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung koordiniert er im Rahmen der Plattform Transfer das Teilprojekt Kommunikation mit Zivilgesellschaft, politischer Bildung und Kommunen.

Sebastian Winter ist Soziologe und Sozialpsychologe. Er leitet den Bereich „Demokratieförderung“ am ISS e.V. und ist Privatdozent an der Leibniz Universität Hannover sowie Mitherausgeber der Zeitschriften „Freie Assoziation. Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie“ und „Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung“

Andreas Zick ist Sozialpsychologe und Professor für Sozialisation und Konflikt. Er leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld und ist Gründer der neuen Konfliktakademie sowie Mitglied im Forschungsinstitut Sozialer Zusammenhalt

Christina Zitzmann ist Professorin für Sozialarbeitswissenschaften an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und leitet das Bedrohungsmanagement an der Hochschule. Seit 2020 bekleidet sie das Amt der Vizepräsidentin für Bildung an der Hochschule.



Die Zeitschrift für alle, die sich
gegen Menschenfeindlichkeit und
für **Demokratie** stark machen.